

Sächsische Zeitung



Landeszeitung für die Provinz Sachsen
für Anhalt und Thüringer.

Nr. 416. **Zweite Ausgabe** **Donnerstag, 5. September 1907.** Jahrgang 200.

Verlagspreis für Halle a. S. Quartale 2.50 Mk., durch die Post bezogen 3 Mk. für das Vierteljahr. Die Sächsische Zeitung erscheint wochentlich zwölf mal. — Druck- und Verlagsanstalt: Sächsische Zeitung (Halle a. S.). — Druck- und Verlagsanstalt: Sächsische Zeitung (Halle a. S.).

Geschäftsstelle in Halle a. S., Leipzigerstraße 87, Hinterhaus. **Donnerstag, 5. September 1907.** Geschäftsstelle in Berlin, Delfauerstraße 14. Telefon-Ring VI. Nr. 11494. Druck und Verlag von Otto Schöle in Halle a. S.

Deutsches Reich.

Halle a. S., den 5. September.

Die Ergebnisse des Reichshaushalts für 1906.

Von Reichsanzeiger zufolge haben sich nach dem final-abgeschlossenen Reichshaushalt, abgesehen von den auf außerordentlichen Deckungsmitteln angewiesenen Ausgaben, die Ergebnisse des Reichshaushalts für 1906 im Vergleich zum Etat folgendermaßen gestaltet: Beim Reichstag waren 1430 000 Mark mehr erforderlich. Für das Auswärtige Amt einseits, der Kolonialverwaltung ergab sich eine Mehrausgabe von 566 000 Mark, für das Reichsamt des Innern eine Mengerausgabe von 1 943 000 Mark. Für das Reichsgericht waren bei den fortzubehaltenen Ausgaben 2 807 000 Mark und bei den einmaligen 452 000 Mark mehr erforderlich. Die Mehrausgaben betragen bei dem Gesamtergebnis beim Reichsgericht sich gegen den Etat um 2 570 000 Mark, ungenügender Ausgaben mit 1 491 000 Mark und die einmaligen mit 422 000 Mark Mehrausgaben. Bei den Fonds des Reichsschatz-amts beläuft sich die Mehrausgabe auf 22 180 000 Mark. Die Vermehrung zur Vergrößerung der Reichsschuld ist durch eine Mehrausgabe von 5 116 000 Mark ab. Bei den Reichsministerien entstanden insgesamt 1 310 000 Mark Mehrausgaben. Bei den einmaligen Ausgaben der Reichspost- und Telegraphenverwaltung sind 229 000 Mark als ungenutzt in Abzug gekommen. Insgesamt bleiben die Mehrausgaben hinter den Mehrausgaben um 11 286 000 Mark zurück.

Die Einnahmen an Verbrauchsteuern für Branntwein sowie an Waffenschlüssel- und Branntweinsteuer deren Nettoertrag den einzelnen Bundesstaaten zu überweisen ist, blieb um 3 555 000 Mark hinter dem Etat vorläufig zurück, dagegen haben die Reichsteuernabgaben für Wertpapiere 5 500 000 Mark mehr erbracht, jedoch an Ueberweisungseinnahmen insgesamt 1 945 000 Mark mehr aufgenommen sind. Von dem Reiche eingehenden Steuern drachten Wertpapiere: die Zigarettensteuer 2 187 000 Mark, die Zigarettensteuer 8 404 000 Mark, die Salzsteuer 1 774 000 Mark, die Schanzensteuer 17 400 Mark, die Branntwein 10 844 000 Mark, der Spielfartensteuer 71 000 Mark, die Wechselliensteuer 2 407 000 Mark, der Sachfrachtfundentempel 114 000 Mark, die Zafahrsteuer um 145 000 Mark. Gegen den Voranschlag zurückgeblieben sind die Zölle um 3 654 000 Mark, die Zafahrsteuer um 900 000 Mark, die Reichsteuernabgaben für Vertriebsarten um 12 437 000 Mark, für Gebrauchsarten für Kraftfahrzeuge um 876 000 Mark, für Vergütungen an Mitglieder der Reichstages um 4 598 000 Mark, sowie die Erbschaftsteuer um 3 801 000 Mark. Bei der Brennsteuer, die in Gestalt von Vergütungen für ausgeführten oder zu gewerblichen Zwecken verwendeten Branntwein wieder zur Veranschlagung gelangt, sind für diesmal 1 623 000 Mark mehr verausgabt als veranschlagt.

Von den Betriebsverwaltungen hat nur die Reichs-eisenbahnenverwaltung, bei einer Mehreinnahme von 10 243 000 Mark und einer Mehrausgabe von 5 515 000 Mark ein Mehr, und zwar in Höhe von 4 728 000 Mark, abgelernt. Dagegen sind die Reichs-eisenbahnen und Telegraphenverwaltung bei einer Mehreinnahme von 12 881 000 Mark, gegenüber einer Mehrausgabe von 10 069 000 Mark, um 6 188 000 Mark, und die Reichsdruckerei bei einer Mehreinnahme von 1 634 000 Mark, gegenüber einer Mehrausgabe von 1 728 000 Mark, um 94 000 Mark hinter dem Voranschlag zurückgeblieben. Die Einnahmen aus dem Bankwesen stellen sich gegen den Etat um 13 514 000 Mark höher. Die verbleibenden Verwaltungseinnahmen sind um 4 908 000 Mark über das Etatoll hinausgegangen.

An ordentlichen Einnahmen, so weit sie dem Reiche zuteil gehen, sind hiernach insgesamt 15 943 000 Mark mehr aufgenommen. Von der Ausgabe bedarf, zurückbleibt, so ergibt sich für das Rechnungsjahr 1906 ein Mehrertrag gegen den Voranschlag von 27 229 000 Mark.

Staatssekretär Fernburg hat von Labora den Reichsrath nach Wien angetreten, wo er voraussichtlich am 18. d. Monats eintreffen wird. Sein nächstes Reiseziel ist Zangsa.

Kemern.

Der „Köln. Volksztg.“ war aus Victoria gemeldet worden, daß eine Verlegung des Sitzes des Gouvernements, das sich in Wien befindet, bevorstünde, und zwar nach Duna. Wie die „Berl. N. N.“ von unterrichteter Stelle erfahren, liegt an zutreffender Stelle darüber noch kein etwas bestimmtes fest. Wenn auch die künftigen Verhältnisse in Duna, die bis vor jetzt nicht langer Zeit recht sehr zu wünschen übrig ließen, jetzt bessere geworden sind, würde es für den neuen Gouverneur Dr. Seyb immerhin ein schweres Opfer sein, wenn er und seine junge Frau, die ihm in das Schicksal gefolgt ist, das gesunde Wien mit seinen genussüchtigen Suburbanen Klima freiwillig gegen das heiße Duna an der Küste eintritt.

Das Militär-Wochenblatt meldet: Generalleutnant Kretsch, Präsident des Ingenieur-Komitees, und Generalmajor

Kopfa von Koffow, Kommandeur der zweiten Infanterie-Brigade, sind in Genehmigung ihrer Abschiedsgesuche zur Disposition gestellt worden.

Der Karlsruher Motorballon.

Das sich befindende Wetter erlaubte Mittwochabend noch einen kurzen Ausflug mit dem Karlsruher Motorballon, welcher durchwegs zufriedenstellend verlief. Der Ballon wurde geführt vom Hauptmann v. Kessler und Hauptmann v. Krogg, er wurde bedient von dem Maschinenführer K. Feibel. Außerdem befand sich als Gast das Mitglied des Ausschusses der Motorluftschiff-Studiengesellschaft Fabrikbesitzer C. Brandenbich im Ballon. Der Ballon fuhr bis an den Tegeler See und zurück bei einer Windgeschwindigkeit von etwa 5 Meter pro Sekunde; er kam schnell gegen den Wind und landete, wie er beabsichtigt hatte, an seinem Aufstiegsort.

Eine Verhäufung der Zollkontrolle.

An der deutschen Grenze gegen die Schweiz dürfte angesichts des jetzt eintreffenden Jahres stark betriebenen Schmuggels aus der Schweiz notwendig sein. Welchen Umfang dieser Schmuggel zum Beispiel in Sachcharin annehmen kann, geht aus einem kürzlich von der Sachcharinfabrik in Salbfeld-Wertheim dem preussischen Finanzminister erstatteten Bericht hervor. Danach werden außerordentlich große Mengen Zinnsäure von der Schweiz nach Deutschland eingeschmuggelt, und die Vertreter der verschiedenen Schweizer Zinnsäure-Fabriken übernehmen zum Teil ganz offensichtlich die Verleitung von Zinnsäure franko nach jeder deutschen Station. Das Schmuggelgeschäft ist organisiert, daß die Ware in kleinen Posten über die Grenze gebracht und dann, mindestens sechs Stunden von dieser entfernt, deutschen Zollstellen übergeben wird. Diese fahren damit wieder mehrere Stunden landeinwärts, sammeln die Ware, die dann in Kisten von je 50 Kilogramm, mit großen Lederbüchern mehrmals umwickelt und in Zuteilen eingepackt, auf einer größeren Eisenbahnstation abgegeben wird. Die Aufzählung besteht je nach der Jahreszeit in Äpfeln, Kirschen, Äpfeln oder Ballen. Im Frachtbrief wird die Ware dann meist als Obst oder Zuteile bezeichnet. Da ein ähnlicher Schmuggel auch in anderen Waren, z. B. Spitzen, Rauchwaren, Zigaretten, leicht möglich ist, so wird die Zollverwaltung nicht unwohl fühlen, eine stärkere Ueberwachung des Grenzverkehrs aus der Schweiz eintreten zu lassen.

Ans der Arbeiterbildungslehre.

Ausgeschlossen wird jedes Mitglied, das sich grober Verleumdungen gegen die Statuten oder die Interessen des Vereines oder erlosene Handlungen schuldig macht. So hieß es bisher in den Statuten für die Arbeiterbildungslehre. Auf Antrag aus einer Verammlung heraus, die kürzlich stattfand, ist nach einem Bericht des „Vorwärts“ der Fallus „erlosene Handlungen“, welche erlosene Handlungen im Sinne der gegenwärtigen Gesellschaft nicht auch solche im Sinne des Proletariats zu sein brauchen. Von der Arbeiterbildungslehre hat man Großes nicht weiter erwartet. Wenn heute mit den Kenntnissen des Genossen Ernst Strekowski dort als Lehrer auftritt, kann man den Erfolg nicht absehen, daß es sich weniger um Verbreitung von Bildung als um Verbreitung sozialdemokratischer Lehren handelt, die mit Bildung, wie die Parteipresse es fassbar macht, nicht allzuviel zu tun haben. Dieser Verdacht war notwendig, „Der größte Lump im ganzen Land, das ist und bleibt der Denunziant.“ So lautet ein Sprüchlein der Sozialdemokratie, das erst vor wenigen Tagen wieder in „Vorwärts“ zu lesen war. Ein Denunziant, der also der sein soll, was der „Vorwärts“ schreibt, ist nach Ansicht der gegenwärtigen Gesellschaft aber ein Mensch, der sich erlosene Handlungen schuldig gemacht hat, und nach den alten Statuten dürfte er nicht in die Arbeiterbildungslehre aufgenommen werden.

Demnach wäre aber beispielsweise Herr August Vebel diese Schule verstoßen, denn er hat sich nachgerade im Reichstage genügend als Denunziant erwiesen, und zwar als solcher unzulässiger Männer wie im Falle Kren, von Strombeck, Dominik, beim Ludertrieb. Allerdings sagt die gegenwärtige Gesellschaft, fol die Handlungen als erlosene, und hätte Vebel sie an anderer Stelle gemacht, so wären ihm zu seinen 54 Monaten Gefängnis, die er erhalten hat, noch eine erhebliche Zahl zuzurechnen worden. Aber die Sozialdemokratie hält ihn nicht für erlosene, und ihre Ansicht darüber hat sie in obigen Verdacht glänzend gezeigt. Und nun die Frage: Welche Handlungen sind im Sinne des Proletariats erlosene? Diebstahl, Raub, selbst Mord ist von der leitenden Presse des Proletariats vielfach entschuldigend, sogar verherrlicht worden. Die Morde in Russland, die mit politischem Motive verübt werden, sind weitaus zum größten Teil Raubmorde und von „Vorwärts“ als Requisitionen, Anmerkungen, Expropriationen bezeichnet und gerühmt worden. Solche Requisitionen also dürfen in den Arbeiterbildungslehre aufgenommen werden? Möglich, daß der Arbeiter des Arbeiterbildungsvereins

sich neben sich einem Genossen ganz wohl fühlt, den man ihm als Gelden aufzufropfen sich bemüht, aber fraglich ist es doch, ob er sich mit besonderem Bedauern neben dem kleinen Diefen setzen will, der in den Schädigungen der sozialdemokratischen Organe nur „einige geringe Vorarbeiten“ erlitten hat, Kleinigkeiten, aus „Zunehmenden“ entstanden. Wie wäre es denn, wenn man der Arbeiterbildungsschule eine neue Abteilung angliedern würde, in welcher zu lernen wäre, was die gegenwärtige Gesellschaft als erlosene Handlung ansieht und was das Proletariat für erlosene hält? Denunziation Unzulässiger hält es nicht für erlosene, das beweisen die Fälle Vebel, die genügend festgelegt sind. Falschung wird auch nicht für erlosene gehalten, das beweist der gefaschte Ludertrieb, dessen Verfasser Vebel nicht nennt, um den „Ehrenmord“ zu schützen. Mordmord ist ganz und gar nicht erlosene, das zeigt der Fall Zankow, Sauer und Raubmord ist Erprobation, der noch ein wohlgefälliges Schmuggel erragt, wenn die erbetenen Gelder die Lat lohnend machten.

Und nun denke man sich das erbeerbende Gefühl, wenn in der Arbeiterbildungsschule ein nach Bildung strebender Genosse zwischen Denunziationen, Fälschern und Raubmördern sitzt und die Bildung einschließt, die ihm ein Herr Strekowski einzuflößen sich bemüht, der da behauptet, niemals sei ein fälscherlicher Führer in der Schule gefallen oder auch nur leicht verwundet worden. In solchen Instanz kann nur die Sorte Bildung betrauert werden, in welcher der Zukunftsstaat sich befaßigt fühlen kann. Die dort mit Bildung vollgefropften Genossen müssen allerdings einen eigenen Staat bilden, weil sie sonst ihre Bildung nicht zur Geltung bringen können. Will man aus ihnen vielleicht die ersten Bürger des Zukunftsstaates formen?

Ausland.

Das russisch-englische Hebererkenntnis.

Schneller, als man erwartet hatte, ist das Abkommen zwischen Russland und England, durch das deren zentralasiatische Interessen gegeneinander abgegrenzt werden, nun zustande gekommen. Die beiden Mächte sind, wie es heißt, übereingekommen, den Text vorerst nicht zu veröffentlichen. Gleichzeitig wird berichtet, daß auch den übrigen Mächten der Inhalt des Vertrages, entgegen früheren Meldungen, nicht mitgeteilt worden sei. Man ist also in dieser Beziehung auch heute noch auf die Mitteilungen angewiesen, die im Laufe der Verhandlungen auf beiden Seiten durchgeflossen sind, und auf die allgemeine Würdigung der politischen Situation, in der sich die beiden Vertragsschließenden bis dahin in Zentralasien gegenüberstanden.

Danach wird sich das Abkommen hauptsächlich mit drei Fragen beschäftigen, wie Professor Wambury in der „Neuen Freien Presse“ eingehend darlegt.

Interessenskonflikte waren vor allem in Persien zu befürchten, wo das Verbot der großen politische Gefahren für Indien in sich barg. Wenn hier die Interessen sich berühren abgegrenzt werden, daß die Russen im Norden und die Engländer im Süden Trans amgegliedert Handel treiben, und beide Staaten vereinigt, jeder nach seiner Art, zur kulturellen Entfaltung des hartgeprüften Vorderlandes beitragen, so würde das den Interessen beider Mächte am besten entsprechen. Am zweiten Verhandlungspunkte der beiden Wettbewerber, im eigentlichen Mittelasien, ist ein friedliches Einvernehmen schon deshalb leicht, weil hier die Ereignisse im Laufe des vorigen Jahrhunderts England zuzugewandt, sich in der Defensive zu verhalten, und Russland nach Indien und Turkestan an eine Offensive wohl nicht so bald denken wird. Was endlich die englisch-russischen Beziehungen zu Tibet anbelangt, so werden die Kontrahenten schon aus dem Grunde nicht auf besondere Hindernisse stoßen, weil es sich für England hier eigentlich nur um wirtschaftliche Ziele handelt. Wie im einzelnen die beiden Mächte ihre Ansprüche in bezug auf diese drei Punkte gegeneinander abgegrenzt und ausgeglichen haben, darüber kann man vorberhand nur Vermutungen aufstellen. Deutschlands Interesse wird dadurch voraussichtlich nur insofern stärker berührt, als jede Verminderung der Reibungsflächen zwischen zwei Mächten als eine weitere Garantie für die Erhaltung des Weltfriedens von Bedeutung ist. Ob etwa die wirtschaftlichen Interessen, die wir in Persien haben, durch das neue Arrangement in irgend einer Beziehung gefährdet werden können, wird sich erst überlegen lassen, wenn der Wortlaut des Vertrages vorliegt.

Perien.

In der Tageszeitung des Würdigers des Großwesens wurde ein Zettel gefunden, auf welchen die Worte verzeichnet sind: „Abbas Agha Sarraf aus Azerbaïjan, Mitglied Nummer 1 der Nationalen Vereinigung der „Fidas“, die Angabe des Ortes, in dem sich die Vereinigung befindet, fehlt. „Fida“ bedeutet einen Weibchen, der bereit ist, sich selbst zu opfern. Der Bruder des Würdigers sowie verschiedene andere Personen sind nach vorbergegangenem Verhör verhaftet worden.

Die Stadt Tabris illuminierte Sonntag nach dem Eingang der Nachricht von dem Morde.

